

-2 JULI 1963
TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/VVII/122

Bonn, den 2. Juli 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a Eine notwendige Erinnerung 75

Der Marshall-Plan und Kennedys Strategie des Friedens

2 3 Späte, aber begrüßenswerte Einsicht 95

Die Erklärung der Kultusminister-Konferenz zur Deckung des
Lehrerbedarfs für die Volksschulen

Von Klaus Helfer

4 - 5 Hypothesen der deutsch-französischen Freundschaft 67

Frankreich sollte entwickelte Fremdenlegionäre anwerben

Von Herbert Berkeitingen, Bonn

6 Levi Eschkol 49

Der Nachfolger Men Garions

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Z. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Eine notwendige Erinnerung

Der Marshall-Plan und Kennedys Strategie des Friedens

Als der Präsident der Vereinigten Staaten, Kennedy, vor einem Jahr - genau genommen am 4. Juli 1962 - in Philadelphia in einer großen Rede die Vision einer gleichwertigen Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und einem vereinigten weltoffenen Europa vor 50 Gouverneuren entwarf, war das Echo nicht so, wie es der Bedeutung dieser Rede entsprochen hätte. Die europäischen Staatsmänner verhielten sich kühl, reserviert, sie verkannten die zukunftsweisende Bedeutung des Kennedyschen Gedankenfluges. Es ist gut, in diesem Zusammenhang eine andere Rede eines anderen großen Amerikaners in Erinnerung zu rufen, gehalten vor 17 Jahren von dem damaligen Außenminister Marshall. Weltweite Wirkungen gingen von ihr aus. Damals lag, Folge des zweiten Weltkrieges, Europa in Trümmern, seine Städte waren zerstört, Millionen drohte der Hungerstod, der Kommunismus schien über ein Meer von Elend, Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung seine Herrschaft anzutreten.

Es war das unsterbliche Verdienst des seinerzeitigen Außenministers der ersten britischen Labourregierung der Nachkriegszeit, Ernest Bevin, die einzigartigen Chancen, die der Marshall-Plan den europäischen, auch den kommunistischen Ländern, eröffnete, sofort erkannt zu haben. Er setzte sich stärkstens für seine rasche Verwirklichung ein. Die letzten Zweifel über die sowjetische Zielsetzung wurden hinweggejagt, als der Kroml den Marshall-Plan entschieden ablehnte und Polen und die Tschechoslowakei, die sich gerne daran beteiligt hätten, zwingen davon Abstand zu nehmen. Die Welt kennt die Folgen. Der Kommunismus blieb in Europa stecken. Westlich des Eisernen Vorhangs führte die amerikanische Initialzündung zu einem damals ungeahnten Aufstieg, die Völker gewannen dank der amerikanischen Hilfeleistung wieder an Selbstvertrauen; niemals in der Geschichte fanden Großzügigkeit und Einsicht einer Weltmacht größere Belohnung. Die stärkste Führungsmacht des Westens half dem geschlagenen Europa wieder auf die Beine zu kommen.

Dem letzten Ziel des Marshall-Planes, ein Europa zu schaffen, das innere Rivalitäten nicht mehr kennt, das seine wiedergewonnenen

2. Juli 1963

Energien in Verbindung und Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten auf die Lösung weltweiter Aufgaben konzentriert, blieb freilich noch die Erfüllung versagt. Kennedys vor einem Jahr ausgesprochenes, in seiner Rede in der Paulskirche und vor den Berliner Studenten und Professoren erneuertes Angebot:

" daß die Vereinigten Staaten zu einer Erklärung der gegenseitigen Abhängigkeit bereit sein werden; daß sie bereit sein werden, mit einem vereinten Europa die Mittel und Wege zur Bildung einer konkreten atlantischen Partnerschaft zu erörtern, einer für alle segensreichen Partnerschaft zwischen der neuen, gegenwärtig in Europa entstehenden Union und der alten amerikanischen Union, die hier vor 75 Jahren begründet wurde",

hat in Europa noch keinen Ernest Bevin gefunden. Zwar fehlt es nicht an verbaler Zusicherung, doch wo bleibt der alles auslösende Impuls? Die Regierungen Westeuropas verzetteln ihre Kräfte in Bifurskationen und in der Verfolgung von Sonderinteressen, ihre Politik trägt nicht die Merkmale globaler Verantwortung. Wo hat sich diese zu entfalten und zu bewähren? Kennedy hat sie in seiner Rede in Philadelphia wie folgt umschrieben:

1. den Entwicklungsländern helfen, das Joch der Armut abzuschütteln.
2. Unseren weltweiten Handel und unseren Zahlungsverkehr auf einen Stande angleichen, der ein größtmögliches Wachstum verheißt.
3. Ein Abschreckungsmittel schaffen, das so gewaltig ist, daß es jede Aggression unterbindet.
4. Dazu beitragen, eine Welt des Rechtes und der Entscheidungsfreiheit zu schaffen und damit die Welt des Krieges und des Zwanges beenden.

Für die Lösung dieser wahrhaft universellen Aufgaben reichen selbst die Kräfte des mächtigsten Staates in der Welt, der Vereinigten Staaten, nicht aus. Die USA können nicht überall und allgegenwärtig sein, sie können nicht allein alles tun. Um nun, wiederum nach Kennedy, "Politik so betreiben, daß es schließlich das eigene Interesse der Kommunisten wird, einen echten Frieden zustimmen" - bedürfen sie der Erfahrungen, der Mitarbeit und der Energien eines Europa, das alle Schlacken eines engen Nationalismus abwirft, das nicht den Ehrgeiz hat, zwischen den Riesenblöcken so etwas wie eine dritte Kraft zu sein - schnell wäre sie im Ernstfall zerrieben -; die USA bedürfen eines vereinigten Europa, das gemeinsam mit ihnen und durch die so gewonnene Stärke wohl in der Lage ist, das Weltbild des sowjetischen Kommunismus zu ändern. Wer diese Vision aus der Sicht verliert, sich in seinem Tun und Handeln nicht davon leiten läßt, dient nicht der Wohlfahrt seines Volkes. Der Marshall Plan rettete das freie, damals am Boden liegende Europa - Kennedys Strategie des Friedens ist heute die einzige Alternative, die Welt vor dem Sturz in den Abgrund zu bewahren.

Späte, aber begrüßenswerte Einsicht

Von Klaus Heifer

Der Lehrermangel ist ein internationales Problem. Er resultiert in den Industrieländern aus zwei Vorgängen, die für ihre wirtschaftlich-soziale Entwicklung charakteristisch sind: Auf der einen Seite verstärken die sich ständig erhöhenden Anforderungen an eine umfassende Bildung aller Volksschichten die Nachfrage nach mehr und besser ausgebildeten Lehrkräften; auf der anderen Seite vermindert die Konkurrenz immer neuer Berufsgruppen um den akademischen Nachwuchs tendenziell die Zahl derjenigen, die sich zur Vorbereitung auf den Lehrerberuf entschließen. Wenn es richtig ist, daß der Ausbau und die durch ihn ermöglichte Leistung des Erziehungs- und Bildungswesens heute als die bedeutendste Antriebskraft der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung industrieller Gesellschaften angesehen werden muß, dann ist der strukturelle Engpaß "Lehrermangel" eine politische Gefahr erster Ordnung.

Reformen sind notwendig

Auf lange Sicht gibt es nur zwei Wege, dieses Hindernis unseres weiteren wirtschaftlich-sozialen Fortschritts zu überwinden: Einmal gilt es, unter großzügiger Verwendung modernster technischer Hilfsmittel und durch Einführung des Prinzips der Arbeitsteilung auch im Erziehungs- und Bildungswesen zu rationelleren und effektiveren Arbeitsformen zu kommen. Zum anderen muß das Nachholen der "Industriellen Revolution in der Schulstube" von einschneidenden Reformen in der Struktur unseres Schulaufbaues begleitet werden, die darauf hinzielen, einen wesentlich größeren Teil unserer Bevölkerung zu mittleren und gehobenen Bildungsabschlüssen zu führen.

Hier liegt das besondere Problem der Bundesrepublik. Das erschrecken die Defizite, die die Vorausterechnungen des Lehrercariffs und des Lehrernachwuchses in den nächsten zehn Jahren für die einzelnen Bundesländer ermittelt haben, ist auf die im internationalen Vergleich geradezu klägliche Zahl derjenigen jungen Menschen zurückzuführen, die bei uns weiterführende Bildungsgänge beschreiten und abschließen. Einige in der letzten Zeit bekanntgewordene statistische Untersuchungen haben eindeutig nachgewiesen, daß der Lehrermangel in denjenigen Bundesländern noch am geringsten ist, deren Schulwesen die meisten Schüler eines Jahrganges zum Abitur führt. Das sind - mit der Ausnahme von Schleswig-Holstein, das bereits vor 1963 ein relativ gut ausgebautes Schulwesen besaß - die sozialdemokratisch regierten Länder und Stadtstaaten!

Bestätigung sozialdemokratischer Bildungspolitik

Dieser Tatsache sollte man sich gerade im gegenwärtigen Stand der Diskussion um die Überwindung des Lehrermangels aus zwei Gründen erinnern: Einsteils belegt sie, daß die Lehrernot der nächsten Jahre in erster Linie von denjenigen verursacht wurde, die sich den schulpolitischen Bemühungen der Sozialdemokratie in der Vergangenheit widersetzt haben und die sich aus einer engstirnigen gesellschaftspolitischen Konzeption heraus noch heute dem pädagogischen Fortschritt in den Weg stellen. Zum anderen aber führte sie dazu, daß die für die Beseitigung dieser Notlage verantwortlichen Kultusminister aller Bundesländer sich nur auf die gemeinsame Empfehlung einer Politik geeinigt haben, die die Richtigkeit der grundlegenden Prinzipien der an den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen orientierten und auf die Zukunft gerichteten sozialdemokratischen Bildungspolitik glänzend bestätigt.

Das Votum der Kultusminister-Konferenz

Die am Wochenende auf der 96. Plenarsitzung der Kultusminister-Konferenz beschlossenen Empfehlungen enthalten sicherlich keine wesentlichen neuen Gedanken. Ihre politische Bedeutung liegt darin, daß sich in ihnen alle Kultusminister zu einer Reihe bildungspolitischer Prinzipien bekennen, die bisher von den Repräsentanten der CDU unter ihnen ausdrücklich oder stillschweigend bekämpft wurden.

Da ist von der Notwendigkeit "entschiedener Neuregelungen im Schulwesen" die Rede - ein Gedanke, der noch auf dem Kulturpolitischen Kongreß der CDU Ende vorigen Jahres als Ausdruck sozialdemokratischer Erneuerungsbuchst zurückgewiesen wurde. Da wird davor gewarnt, die Hochschulbildung der Lehrer anzutasten und ausdrücklich die weitere Entwicklung der Lehrerbildenden Hochschulen zu "wissenschaftlichen Hochschulen besonderer Prägung" gefordert. Da wird einer "eigenständigen Lehrerbildungsordnung" das Wort geredet - zur gleichen Zeit, da im Bundeshaus ein Antrag der SPD-Fraktion gegen die Stimmern der CDU beschlossen wird, der den Ländern die Einrichtung einer solchen "L-Besoldung" ermöglicht.

Das bedeutsamste Votum der Kultusminister findet sich im Schlußteil ihrer Erklärung. Es sei hier im Wortlaut zitiert, weil seine Beherrschung zu einer grundlegenden Wendung der kulturpolitischen Landschaft in einigen Bundesländern führen muß:

"Im Hinblick auf internationale Entwicklungen im Schul- und Bildungswesen sollten die erforderlichen Verbesserungen in der deutschen Volksschule auch dann durchgeführt werden, wenn sie nur durch Sondermaßnahmen zur Deckung eines zusätzlichen Lehrerbearfts erreicht werden können. Entscheidend bleiben jedoch die langfristigen Maßnahmen, die den Bedarf an Lehrkräften auf die Dauer sicherstellen, die Weiterentwicklung der hochschulmäßigen Lehrerbildung gewährleisten und den Ausbau des Schulwesens fortführen."

Die Tragweite dieser Stellungnahme wird deutlich, wenn man sich an Erinnerung ruft, daß in den von der CDU regierten Ländern die Einführung des von der Kultusminister-Konferenz längst beschlossenen 9. Schuljahres und die Verwirklichung der von den SPD-Fraktionen geforderten Verbesserungen im Schulwesen bis heute unter Hinweis auf die dafür fehlenden Voraussetzungen, d.h. eben auf den Lehrermangel, hinten gehalten wurden. In dieser Stellungnahme hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß das 9. Schuljahr und der weitere Ausbau des Schulwesens selbst zu den entscheidenden Voraussetzungen einer dauernden Behebung des Lehrermangels zählen und daß der durch sie entstehende zusätzliche Lehrerbearft in Kauf genommen werden muß und durch eine breite Skala vielfältiger Maßnahmen überbrückt werden muß, wenn wir den Anschluß an die internationale Entwicklung wiedergewinnen wollen.

Nur mit der Lehrerschaft

Von der Lehrerschaft wird dabei wiederum ein Höchstmaß an kulturpolitischer Einsicht erwartet. Keine der von den Kultusministern vorge-schlagenen Maßnahmen wird sich ohne ihre Mitwirkung realisieren lassen. Die Sozialdemokratische Partei wird in Bund und Ländern dafür eintreten, daß die verantwortungsvolle und opferbereite Haltung unserer Lehrer endlich die gesellschaftliche Anerkennung findet, die ihrem Berufsstand auf dem Wege in die Bildungsgesellschaft zukommt.

Hypothesen der deutsch-französischen Freundschaft

Frankreich sollte entwichene Fremdenlegionäre amnestieren

Von Herbert Bermeitinger, Bonn

Das deutsch-französische Freundschaftsabkommen ist in Bonn und Paris mit großen Mehrheiten ratifiziert worden. Bis die ersten praktischen Ergebnisse aus diesem bedeutsamen Vertragswerk sichtbar werden können, wird es allerdings noch einige Zeit dauern, sofern man nicht geneigt ist, die bereits begonnenen Pühlungnahmen von Ministern und hohen Ministerialbeamten als mehr oder minder bedeutende Anfangserfolge zu bewerten.

Immerhin: Schon bei den ersten der als ständige Einrichtung vorgesehenen Kontaktgesprächen sollten die deutschen Gesprächspartner danach trachten, Hypothesen, die noch unnötigerweise immer wieder das deutsch-französische Verhältnis belasten, abzutragen. Eine dieser Hypothesen, die für Frankreich eigentlich jede politische und militärische Bedeutung durch die Nordafrika-Politik General de Gaulles verloren hat, ist die französische Fremdenlegion, die "Legion Etrangère".

In früheren Jahren war die Legion immer wieder Gegenstand von parlamentarischen Anfragen im Deutschen Bundestag und in den Länderparlamenten, wenn Minderjährige plötzlich aus Sidi-bel-Abbes schrieben, wenn Legionäre oder Angehörige - oft allerdings auch zu Unrecht - behaupteten, sie seien von Agenten in die "Legion Etrangère" gelockt worden. Da heute nur noch in sehr geringem Maße Nachwuchs für die Legion gesucht wird, sind wegen der Anwerbung kaum mehr Schwierigkeiten zu befürchten.

Welcher Art die aus der Vergangenheit stammenden Hypothesen der Fremdenlegion aber sind, daran haben die an die Bundesregierung gerichteten parlamentarischen Anfragen des baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten Hans Geiger erinnert. Hans Geiger hat sich unmittelbar vor Beginn der Sommerpause des Bundestages des Schicksals des heute 32 Jahre alten Fernfahrers und ehemaligen Fremdenlegionärs Georg Technau aus Marpingen bei Saarbrücken angenommen.

Georg Technau, dessen Familie - eine Frau und drei Kinder im

2. Juli 1963

Alter von eineinhalb, drei und sechs Jahren - inzwischen in Böblingen/Württemberg wohnhaft sind, hatte sich als Neunzehnjähriger, also im Jahre 1951, zur Fremdenlegion gemeldet. Bei den Kämpfen in Indochina wurde er von den kommunistischen Aufständischen gefangen genommen und erst 1954, nach 22 Monaten Gefangenschaft, über China, die Sowjetunion und Polen in die Sowjetzone entlassen, von wo aus er später mit seiner Familie in die Bundesrepublik flüchtete. In Lenbach (Saar) nahm er eine Stelle als Fernfahrer an und fuhr dann jenseitig auch über die Grenze nach Frankreich. Am 20. April 1963, also nach der Paraphierung des Freundschaftsabkommens, kam Georg Technau nicht mehr von einer Dienstfahrt nach Frankreich zurück. Seine Familie wartet noch heute auf ihn. Sie weiß noch nicht einmal ganz genau, ob er verurteilt ist.

Was man Georg Technau vorwirft? Angeblich so etwas wie Fahnenflucht! Deshalb nämlich, weil er nicht mehr zur Legion zurückkehrte, als er in die Sowjetzone entlassen worden war. Der 32-jährige Familienvater sollte plötzlich dafür büßen, daß er als unerfahrener Neunzehnjähriger sich zur Legion verbindlich verpflichtet hatte.

Es mag sein, das meinte auch der Abgeordnete Geiger, daß Georg Technau formelles Unrecht gegenüber der Legion, gegenüber der Republik Frankreich begangen hat.

Und Georg Technaus gibt es in der Bundesrepublik noch viele, denn unzählige Legionäre sind in den letzten Jahren bei der Fahrt durch den Suezkanal oder auch von Algerien aus nach arabischen Ländern und von dort nach Hause gelangt. Sie alle müssen, selbst wenn die Vergehen viele Jahre zurückliegen, wie bei Georg Technau, damit rechnen, eines Tages verhaftet zu werden. Selbst dann, wenn sie die deutsch-französische Grenze einige Dutzend Male passiert haben, können und dürfen sie sich nicht sicher fühlen.

Die Bundesregierung sollte im Interesse dieser gefährdeten Deutschen die Regierung der französischen Republik bitten, eventuell an die Amnestierung solcher straffällig gewordener deutschen Legionäre zu denken. Es wäre ein erster, sehr deutlich sichtbarer, für jedermann verständlicher Schritt auf dem Wege der deutsch-französischen Annäherung. Zunächst aber darf man hoffen, daß die Bundesregierung sich für die Freilassung des Familienvaters Georg Technau einsetzen wird.

Levi Eschkol

Der Nachfolger Ben Gurions

I.D. - Es hat eigentlich in Israel über die Person des Nachfolgers von David Ben Gurion im Amt des Ministerpräsidenten nie einen Zweifel gegeben. Selbst wenn im entscheidenden Augenblick noch einige Namen ins Spiel gebracht wurden, so wußte doch jeder, daß der stärkste Mann nach Ben Gurion im Kabinett die schwere Aufgabe des Ministerpräsidenten Israels übernehmen würde. Und das war unzweifelhaft Levi Eschkol, der in den zehn Jahren seiner Tätigkeit als Finanzminister seine Kraft bewiesen hat.

Keine Frage, daß es der harte Lebensweg war, der Eschkol derart geformt hat. Fast fünfzig Jahre seines Lebens ist er mit Israel, mit dem Kampf um den Staat und um die Erschließung des Bodens verbunden. Kurz vor Ausbruch des ersten Weltkrieges war er als 19-jähriger aus der kleinen ukrainischen Stadt Oratovo nach Palästina eingewandert. Was er mitbrachte, war das vom Großvater gelernte jüdische Wissen, ein Abitur an einer russischen Schule und die Gewißheit, daß ein jüdischer Staat geschaffen werden mußte, um dem unwürdigen Leben der Juden in der Diaspora ein Ende zu bereiten. Und das gab ihm, wie allen Juden seiner Generation, die nach Palästina einwanderten, die Kraft zum Experiment.

Zunächst half er den Kibbuz Degania Beth aufbauen. Dort erwarb er sich seine landwirtschaftlichen Kenntnisse. Mit der Politik kam er erst in Berührung, als er mit der Gründung der Landarbeiter Gewerkschaft beauftragt wurde. Als Vertreter der jüdischen Landarbeiter Palästinas sprach er auf internationalen Kongressen; auf den Tagungen der Sozialistischen Internationale war er lange Zeit Delegierter der Arbeiterbewegung Palästinas. Sein Kibbuz mußte sich bald damit abfinden, daß Eschkol nur noch selten für die landwirtschaftliche Arbeit Zeit fand. Die Gewerkschaftsbewegung holte ihn in die Stadt. Israels Gewerkschaft ist und war schon damals zugleich ein wichtiger Unternehmer und identifizierte sich mit dem Aufbau von Industrien. In den Führungsgremien der "Histadruth" sammelte Eschkol seine wirtschaftspolitischen Erfahrungen.

Drei Jahre verbrachte Eschkol im Hitler-Deutschland als Angestellter des Palästina-Antes. Seine Aufgabe war es, sich um den Vermögenstransfer der Auswanderer nach Palästina zu kümmern. Seiner Vorschläge zufolge kam dieses Vermögen im wesentlichen der Bewässerung des Mittellandes in Palästina zugute, die entscheidend wurde für die Entwicklung der Landwirtschaft des Landes. Kein Wunder also, daß man ihn im ersten Kabinett Ben Gurions zunächst mit dem Landwirtschaftsministerium beauftragte, bevor er nach dem Tode des ersten Finanzministers im Jahre 1952 das Finanzressort übernahm.

Eschkol ist genau wie Ben Gurion der Typ des "Pioniers" - Mitglied einer Generation also, die das Land Israel schaffen half. Er ist 68 Jahre alt und einer der letzten Aktiven dieser Generation. Schon drängen diejenigen nach, die auf dem von den Eltern gepflügten Boden die erste Ernte einbrachten. Eschkol wird mit dieser "hohen" Generation, der die Erfahrung des Pioniertums fehlt, arbeiten müssen in dem Bewußtsein, daß sie eines Tages das Werk von Ben Gurion und ihm weiterführen werden. Zu versichern, daß sie es in diesem Sinne tun, ist eine der Aufgaben Eschkols. Sie zu lösen, braucht er die ganze Kraft seiner Überzeugung. Daß es ihm gelingen wird, daran zweifelt man in Israel nicht. Als Finanzminister hat er bewiesen, daß er ein schweres, fast unlösbar erscheinendes Problem anpacken kann und dennoch die Popularität genießt, die seine Partei, die MAPAI, dazu veranlaßt hat, ihm den Posten des Ministerpräsidenten anzutragen.